

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

4.4.1923 (No. 77)

Badischer Beobachter

Bezugspreis monatlich: In Karlsruhe durch Träger Nr. 4000, (b. d. Adressen in Karlsruhe Nr. 3800) auswärts (Deutschland) durch die Post Nr. 4000. — Ausland durch Post über Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt M. 1.50. — Fernverleger: Geschäftsstelle 335.

Anzeigenpreis: 1 malig, 1 mm hoch, 85.— M. im Kleinteil 250.— M. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Rabatt, der bei gewöhnlicher Bezahlung und bei Kontoführung wechelt.

Verlegerin und Herausgeberin: M. v. G. „Badenia“ (Wilhelm Jöhner, Direktor), Notationsdruck Nr. 10, Karlsruhe, Adlerstraße 42. Druckadresse: Beobachter, Postfachkonto Amt Karlsruhe 4844. Erscheint Verlags einmal täglich. — Beilagen: „Mütter für den Familienrat“ und „Frauenrundschaue“. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Inhalt der Zeitungen: Anhang: vom 1. bis 11. 1923.

Vom Tage.

Die Reichsregierung wird heute wegen der Essener Mordtat eine sich auf genaue Ermittlungen stützende Verurteilungsnote an die französische Regierung abgeben lassen.

Die Verurteilung der Essener Todesopfer, deren Zahl sich auf 13 erhöht hat, wird Ende dieser Woche erfolgen.

Die Arbeiter bei Krupp sind gestern vormittag in einen 24stündigen Proteststreik eingetreten.

In Düsseldorf haben die Franzosen den Vertreter der Reichsregierung verhaftet. Ebenso in Essen den Brandinspektor der Feuerwehr.

Die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten christlich-sozialen Gewerkschaften haben an Betriebsrat und Direktion der Firma Krupp in Essen wegen der blutigen Zwischensache Beileidstelegramme geschickt.

Bei Buer haben die Franzosen weitere Bechen zwecks Kohlenbeschlagnahme besetzt.

Die Franzosen haben neuerdings im Bergischen Land Hinderoth und Gimborn besetzt.

Im Rheinland haben die Franzosen die Domänenkellerei beschlagnahmt.

In der Nähe von Dortmund haben die Franzosen Ballonaufstellungen eingerichtet.

Jean Louquet, der frühere sozialistische Deputierte, zieht in einem Reklamierartikel die Bilanz der Ruhr-Okkupation. Diese Bilanz sei nicht schmeichelhaft, sowohl wirtschaftlich wie moralisch. Das Unternehmen sei ein völliger Mißerfolg.

In einem Aufruf fordert die kommunistische Internationale, den die Humanität widersteht, auf Kundgebungen gegen die Ruhrbesetzung zu veranstalten.

Der frühere französische Ministerpräsident Briand, der seit seinem Rücktritt im Januar v. J. politisch nicht mehr hervorgetreten ist, wird am 22. April in Nantes bei einem Festessen der Patriotischen Gesellschaften und der Kriegsteilnehmer eine große politische Rede halten.

Der Völkerbundskommissar Dr. Zimmermann hat bei Besuch in Warschau im Brau, um sich über die Sanierung Oesterreichs zu besprechen. Er wird auch in Wien und Rom dem gleichen Zweck dienende Besuche abhalten.

Nach dem Manchester Guardian hat sich der Gesundheitszustand des ehemaligen Ministerpräsidenten Bonar Law so sehr verschlechtert, daß die Ärzte die Möglichkeit seines Rücktritts von der Regierung ins Auge fassen.

Die türkische Nationalversammlung in Ankara hat beschlossen, alsbald Keutah in Lande vorzunehmen. Inzwischen will die Regierung die Friedensverhandlungen mit der Entente weiterführen.

Russische Bluturteile gegen katholische Geistliche.

Wir haben vor einiger Zeit an dieser Stelle geschrieben, welche häßlichen Kampfe der russische Kommunismus gegen alle Religion führt, wobei die ganze materialistische Sinterpretenliteratur, die man bei uns vielfach schon auch selbst in geistig rückständigen Schichten bei Seite geworfen hat, als „Wissenschaft“ aufmarschieren muß. In den letzten Tagen sind nun Todesurteile gegen hervorragende katholische Geistliche in Rußland bekannt geworden. Erzbischof Cieplak von Mohilew und Prälat Butkewicz wurden zum Tod, fünf andere Priester zu 10 und 6 bis 8 Jahren Gefängnis verurteilt.

Alle Welt hat dazu gefragt, welcher „Verbrechen“ wegen denn diese Todesurteile gefällt worden seien. Diesen Todesurteilen liegen nun allerdings keine Verbrechen zugrunde vonseiten der Verurteilten, sondern vonseiten der russischen Machthaber, die die Justizpflege ungeschäftig geradefo dirigieren, wie die Franzosen ihre famosen Kriegsgerichte im deutschen besetzten Gebiet.

Es handelt sich bei den Verurteilten katholischen Geistlichen um den Erzbischof Cieplak und 13 Geistliche aus Petersburg, die vom Revolutionstribunal in Moskau abgeurteilt wurden. Sie waren angeklagt, dem Art. 62 des sowjetischen Strafgesetzbuchs zuwidergehandelt zu haben, d. h. eine „Organisation“ gebildet zu haben, die seit 1918 systematisch sich gegen die Staatsgewalt auflehne, die Durchföhrung der Ordnung von Staat und Kirche hindert, und im Volk den Widerstand nährt. Die strafbare „Organisation“ besteht darin, daß der Erzbischof seit Ausbruch der Revolution regelmäßig bei sich die Vertreter seines Diözesanklerus versammelte, mit ihnen die Lage und die zu treffenden Maßnahmen besprach, den Kirchengendienst, Religionsunterricht u. a. aufrechtzuerhalten suchte. Als der Erzbischof im April 1920 wieder einmal im Gefängnis war, wurde bei einem Geislichen eine Sauschöpfung veranstaltet und ein Notizbuch vorgefunden, das die Besprechungen beim Erzbischof festhielt. Die Richterkollegium verurteilte das corpus delicti in ihrem Arabin, von wo es heute herbeigeführt wurde, um daraus dem Erzbischof und seinen Mitarbeitern die Widerstandswesen gegen die Gesetze der „Republik“ nachzuweisen. Dazu kommt die Anklage wegen der Haltung in der Frage der Kirchen und Kirchengüter. Der Erzbischof wies zu seiner Verteidigung auf den ganz unpolitischen und religiösen Charakter jener

Konferenzen hin, die übrigens schon vor drei Jahren stattfanden, als sie noch gar nicht unter das Strafgesetz fielen, und die, wenn sie strafbar wären, längst durch mehrere seitdem erlassene Amnestiedekrete ausgelöscht sind. Um solche Kleinigkeiten kümmert sich aber ein Revolutionstribunal in Moskau nicht. Der 24jährige Erzbischof wurde mit dem Prälaten Butkewicz zum Tode verurteilt.

Sofort hat sich der Papst, der bekanntlich sich schon oft den Dank des hungernden russischen Volkes erworben hat und erst dieser Tage wieder Arzmitteln schickte, an die Sowjetregierung gewandt. Wie polnische Regierung hat sofort scharf protestiert. Der Kardinal-Erzbischof von Breslau machte darauf aufmerksam, welche Empörung die Vollstreckung des Urteils bei allen Katholiken der Welt hervorgerufen müßte. Auch von vielen anderen Seiten geschah Ähnliches, so zum Beispiel von dem bekannten protestantischen Erzbischof Seeböck von Uppsala, und dem Honorer sozialistischen Bürgermeister Serriot. Diese Einsprüche hat es jetzt dahin gebracht, daß der Erzbischof zu 10 Jahren Gefängnis „begnadigt“ sein soll; das Todesurteil gegen Prälat Butkewicz dagegen bleibt bestehen. So lautet die Reklamierschreiben.

Der ökonomische Kommunismus ist bekanntlich in Rußland zu Tode geritten, so daß infolge der unerbörten Verhältnisse, die der angewandte Kommunismus schuf, die Sowjetregierung sich zwingen sah, abzubauen, um nicht dem Proquam auf die weitere Verwüstungen und weiteres Elend anzurichten. Der „kulturelle“ Kommunismus wird von den Sowjets offenbar ebenso zu Grunde gerichtet und in seinen letzten praktischen Konsequenzen aufgezeigt, wie der ökonomische. Denn nur so sind die unerbörten Todesurteile zu verstehen. Es handelt sich um echt russisch-marxistischen Fanatismus, der den Todesurteilen zugrunde liegt. Sehr zu beklagen sind die Opfer dieser marxistischen kulturellen Experimente, die diesmal katholische Geistliche sind, wie sie früher schon orthodoxe Geistliche und selbst Sozialisten waren.

Die Sowjets haben, wie eine Zuschrift dem „Zentralen“ Bakert, mittels ein „Dokument“ in religionspolitischen Dingen. Auf der einen Seite enthalten die Dekrete und Proklamationen der Volkskommissionen die „Grundsätze“ über die Gewissensfreiheit im einstmals heiligen Rußland. So heißt es: „Jeder Bürger kann sich nach freier Wahl zu einer Religion bekennen oder auch jedes religiöse Bekenntnis ablehnen“. Die Revolution des russischen Kongresses der Justizkommissionäre vom 10. Oktober 1921 besagt sogar: „Die Sowjetbehörde verleiht keiner militärischen Kirche ihren Schutz, aber sie verfolgt auch keine!“ Das sind die prinzipiellen Prinzipien. Man höre hingegen die Anwendung. In der Instruktion des Kommissars für die inneren Angelegenheiten vom 20. September 1921 ist zu lesen: „Alle Rulte, ohne Unterschied der Kirchenprache, sind als gegenrevolutionär zu behandeln und haben in keinem Fall Anspruch auf den Schutz der politischen Behörden“. Die angebliche Trennung von Kirche und Staat wird so verstanden: „Keine Religionsgenossenschaft darf unbewegliches oder bewegliches Eigentum besitzen“ — „alles Eigentum der kirchlichen oder religiösen Genossenschaften geht in den Besitz des arbeitenden Volkes über“ — „die ausschließliche für religiöse Zeremonien dienlichen Gebäude und Gegenstände können kraft Beschluß der Ortsinstanzen provisorisch im Gebrauch der Religionsgenossenschaften verbleiben“, aber mit der Einschränkung: „im Fall von Mangel an Unterhaltsmitteln für die arme Bevölkerung kann die Erlaubnis zum Gebrauch der Religionsgenossenschaften wieder entzogen werden“.

Solche Bestimmungen müssen natürlich zu fortwährenden Konflikten führen, besonders wenn man bedenkt, zu was untere Organe in solchen Fällen fähig sind. Bekanntlich ist auch der Religionsunterricht in den russischen Schulen verboten. Ja man ist soweit gegangen, ihn auch in Kirche und Privatfamilien zu verbieten, so weit es sich nicht um Leute handelt, die schon über 18 Jahre alt geworden sind. Dabei besteht aber eine von den Sowjets gebilligte Organisation zur Bekämpfung der Religion. Unter solchen Umständen begreift man, daß es zu solchen Todesurteilen kommen kann, wie den vorliegenden. Aber man sieht daraus auch, daß die wahre sittliche Ordnung im Osten genau so vergefallen ist, wie von den Franzosen im Westen. Und da ist es kein Wunder, wenn die Welt immer wieder vergeblich auf den Frieden wartet. Jede Störung der sittlichen Ordnung, die von den Menschen unabhängig und Gottes Sache ist, ist ein Mitterteil gegen den Frieden der Menschheit und Völkern insbesondere dann, wenn diese Störung von denen ausgeht, die ihre Regierungsgewalt mißbrauchen, wie das in Moskau und Paris der Fall ist.

Die katholischen Deutschen in Nordamerika zur Lage.

Wir haben unseren Lesern schon wiederholt Stimmen deutscher Katholiken in Nordamerika mitgeteilt. Wir sind heute wieder in der Lage, den Exzellenz, das kath. Blatt von Milwaukee, sprechen zu lassen. Der erste Teil des Artikels vom 8. März behandelt die französische Außenpolitik. Das Blatt schreibt: „Frankreich will von Deutschland keinen Zoll Band, es verlangt nichts als den Wiederaufbau seiner vernünftigen Gebiete und Sicherheit gegen erneute Angriffe“, diese Erklärung gab erst kürzlich Poincare wieder einmal öffentlich ab.

Die Welt gewöhnt sich nachgerade so sehr an französische Lügen, daß sie derartigen Äußerungen kaum noch irgendwelche Aufmerksamkeit schenkt. Sie machen auch in diesem Lande keinen Eindruck mehr. Das war während des Krieges anders, als die nichtswürdigsten Verleumdungen gegen das deutsche Volk von der Northcliffe-Presse unterstützt wurden und beim amerikanischen Volk in seiner reinen Einfalt Glauben fanden. Heute ist der einsichtsvolle, anständige Teil auch der amerikanischen Presse mehr geneigt, die französischen Äußerungen im Lichte der tatsächlichen Vorgänge zu beurteilen, und diese Strafen die Worte des französischen Premierministers Rügen.

Deutschland erbot sich bekanntlich, die vernünftigen Gebiete Frankreichs auf eigene Kosten und mit eigenen Arbeitern wieder aufzubauen, die französische Regierung lehnte es ab. Deutschland unterbreitete ihr auch einen Plan, der für die Dauer von fünfzig Jahren jeden Krieg zwischen den beiden Ländern unmöglich gemacht hätte, die französische Regierung weigerte sich, ihn überhaupt in Erwägung zu ziehen. Wenn aber diese Tatsachen noch nicht genügen so stemeln die eigenen Worte Poincares ihn zum Lügner: nicht die Erlangung von Reparationen, von Wiedergutmachung, ist das hauptsächlichste Ziel der französischen Politik, sondern der Besitz des ganzen linken Rheingebiets, wie er selbst erklärt.

Man kann es nur begriffen, wenn die Sonne der Wahrheit endlich mehr und mehr die Nebelwolken des Schwindels zerstreut; freilich von der Erkenntnis der Wahrheit bis zur politischen Tat vflot der Weg oft lang und beschwerlich zu sein; deshalb warnen wir, auf den abtenden Umkehrpunkt allzuviel zu bauen.

Das Vorgehen Frankreichs an der Ruhr und am Rhein sieht die genannte Zeitung als eine veruchte „Angriffsaktion“ an, aber als eine, die bis jetzt dem Scheitern nahe ist. Mit vielem Spott wird dem Franzosen gesagt:

„Inbessen, „produktiv“ waren diese Pfänder doch: Ihre Beschlagnahme produzierte die vollständige Stilllegung der lothringischen Eisenhöfen, deren Betrieb gerade

Der Protest eines deutschen Mannes.

Elberfeld, 2. April. Regierungspräsident Grünhner hat an den kommandierenden General der Rheinarmee, Degoutte, durch die Hand des Generals Denbignes in Düsseldorf aus Anlaß des Blutbades in Essen ein Protestschreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Ich habe in den letzten Tagen im unbesetzten Deutschland in öffentlichen Versammlungen das Verhalten Ihrer Truppen seit dem 11. Januar 1923 wiederholt beklagt, daß es kein Verbrechen und kein Vergehen des Deutschen Strafgesetzbuchs, ja der Kriminalvergehen der gesamten Kulturwelt gebe, daß ihre Truppen auf deutschem Boden seit dem 11. Januar 1923 nicht begangen hätten. Ich hätte nicht geglaubt, daß diese meine Worte durch den Arbeitermassenmord des Essener-Blutbades, begangen an Arbeitern jeder politischen Richtung einschließlich der Kommunisten, eine derartige rasche, fürchterliche Verstärkung finden würde. Ich beschränkte mich diesmal nicht darauf, in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Leiter des Regierungsbezirks Düsseldorf den denkbar schärfsten Protest gegen die Bluttat zu übermitteln, sondern ich spreche Ihnen diesmal als Wortführer der Ermordeten, Schwerverletzten und künftigen Krüppeln, deren Witwen und Waisen, Frauen und Kindern mein tiefstes Mitgefühl über das Bösen der Ihnen unterstellten Soldateska, besonders deren Offiziere aus. Ich bin überzeugt, daß mein Urteil die Billigung aller Völkler finden werde, denen das Menschenleben noch ein Heiligtum ist, und betrachte es schließlich nicht als das Wüten eines blinden Zufalls, sondern als Fügung einer höheren Gewalt, daß sich am Kar-Samstag die Ermordung und Verwundung zahlreicher Söhne der katholischen Kirche gerade in dem Augenblick ereignete, wo der beglaubigte Vertreter Sr. Heiligkeit des Papstes, des unentwegten treuen Hüters und Wächters der Menschlichkeit, Mitleid und Gerechtigkeit in den Mauern Essens weilte.“

Sie, Herr General und die französische Regierung haben durch die Sabotage der Meldung verbreiten lassen, daß die Truppen durch die Gewalttaten der Kruppischen Arbeiter zu ihrem mörderischen Vorgehen veranlaßt wurden. Schon weise ich diese, vom französischen Standpunkt aus wohl verständliche Fälschung des Geschehnisses und der Gesichte zurück. Als geradezu kläglich muß ich schließlich das Bemühen bezeichnen, die Direktoren des Werkes für die Anschulungen der Arbeiter verantwortlich zu machen.

Ich hoffe von Ihnen unter ausdrücklicher Betonung, daß der Essener Massenarbeitermord das gesamte besetzte Gebiet und besonders den Ruhrbezirk zur Sie die heilige Erreg hat, daß Sie unerbittlich Maßnahmen ergreifen, die wenigstens ihre Absicht erkennen lassen, daß Sie sich mit diesem Massenmord nicht identifizieren. Das schwere Unrecht wird auch die strengste Sühne nicht ungeschaffen sein lassen.

Zum Schluß seien Sie versichert, Herr General, daß ich die scharfe Sprache dieses Schreibens nicht spreche, weil ich zur Zeit im unbesetzten Deutschland weile. Ich erkläre mich ausdrücklich bereit für daselbe vor jedem französischen Kriegsgericht mit meiner Person einzustehen, sofern mir dieses im vollen Umfang die Erbringung des

durch den Ruhrloks sicher gestellt werden sollte. Das bedeutet an sich einen ganz unerschöpfbaren Schaden für Frankreich.

Die brutale Gewaltpolitik der Gallier, die auf dieses Risiko einsetzte, warf hunderte von eiderstreuen Beamten ins Gefängnis, nahm Sob und Gut weg, konfiszierte, zerstörte, mißhandelte. Und der Erfolg? „Die verlorene Schloßheit“ hat an ihn nicht gedacht. Die nordamerikanische Reklamation berichtet:

Ein Sturm der Begeisterung wie in den Juli- und Augusttagen des Jahres 1914 erfaßte Deutschland, wie aus allen Teilen des Deutschen Reiches, den besetzten wie unbesetzten, berichtet wird. Präsident Ebert hat um ein „Volksoffer“ für die Unterstützung der Ruhrbesetzung und in wunderbarer Weise wurde der Aufbruch entzungen. In Bremen, Berlin, Breslau und in allen anderen großen Städten wurden in kürzester Zeit Millionen aufgebracht. Arbeiter und Beamte stürzten regelmäßig einen bestimmten Prozentsatz ihrer Löhne und Saläre bei, die Fabrikanten einen Beitrag nach dem Umfang ihrer Produktion, die Landwirte einen Teil ihrer Erzeugnisse. Fast hätte man an das Wiedererwachen des Geistes in dem Freiheitskriege vor hundert Jahren glauben.

„Frei auf mein Volk, die Flammezeichen rauchen; hell aus dem Norden bricht der Freiheit Licht“ — lang damals Theodor Körner begeistert, als ihn die Nachricht von der Abschließung der Lauragener Konvention zwischen dem preussischen General Graf Yorck und dem russischen Befehlshaber erreicht hatte. Sie war der Beginn zur Erhebung Preußens und ganz Deutschlands, sie steckte dem damaligen preussischen König als Mitgrat. Möge das Schicksal dem deutschen Volk aus Neuen einen Mann wie Graf Yorck senden!

So beirrt man im katholischen Lager zu Milwaukee die Haltung des deutschen Volkes! Wir haben nur den einen Wunsch: Möge die tapfere Haltung unserer deutschen Heimat zum Ziele führen! Bis dieser Wunsch in Erfüllung geht, werden wir noch manches zu leiden haben! Doch gerade auch unsere Glaubensbrüder durch ihre Spenden und den schweren Kampf zu erleichtern suchen, verdient unsere volle Anerkennung!

Die Bluttat in Essen.

Wahrheitsbeweises für meine Behauptungen zuflücht. Wenn Sie und die französische Regierung die Wahrheit nicht zu fürchten haben, dann wähle ich diesen Weg.

Die Aufgabe Mgr. Testas im Ruhrgebiet. Rom, 4. April. Im Vatikan wird das Gerücht, als wäre Monsignore Testas, der päpstliche Delegat, mit einer politischen Mission nach dem Ruhrgebiet entsandt worden, energisch demontiert. Testas, sei vom Papst mit einem Hilfsfond nach dem Ruhrgebiet geschickt worden. Er werde natürlich seine Wahrnehmungen über die Verhältnisse im Ruhrgebiet und die Räte der Bevölkerung getreu berichten. Von einer Vermittlungsaktion sei aber keine Rede.

Mgr. Testa hat die im Krankenhaus untergebrachten verletzten Kruppischen Arbeiter besucht. Der Delegat weilte während der Osterferien in Münster, wo er u. a. eingehende Besprechungen mit dem Oberpräsidenten Gronowski Grünhner, hatte.

24stündiger Proteststreik bei Krupp. Essen, 4. April. Die Arbeiter der Firma Krupp ist gestern vormittag 10 Uhr in einen 24stündigen Proteststreik getreten. Der Betriebsrat erließ eine entsprechende Kundgebung.

Beleid des Reichskanzlers und Reichspräsidenten. Der Reichskanzler hat an die Direktion der Firma Krupp A.-G. folgendes Telegramm gerichtet: „Tief erschüttert erhalte ich die Meldung von dem entsetzlichen Blutbad, das ein Kommando der französischen Einbruchsarmer gestern unter den Angehörigen der Kruppischen Werke angerichtet hat. Die französischen Soldaten haben es fertig gebracht, auf die Arbeiter, die lediglich gegen das gewalttätige Eindringen in ihre Arbeitsstätte friedlich und ohne Drohung protestierten. Mordanschuldungen zu richten. So ist Leben und Gesundheit einer großen Anzahl von Deutschen mit ruckloser Kriovität vernichtet worden inmitten einer Bevölkerung, die angesichts aller Provokationen einer fremden Soldateska eine beispiellose Selbstbeherrschung bewiesen hat. Ueberall wird sich das menschliche Empfinden gegen diese fürchterliche Untat empören.“

Der Reichskanzler spricht sodann den Angehörigen der Getöteten und der Verwundeten das Beileid der Reichsregierung aus mit dem Zusatz, daß dieses schwere Opfer für die gemeinsame Sache aller Volksgenossen unerschöpflich bleiben und nicht vergesslich oberacht sein werde.

Auch der Reichspräsident hat Herrn Krupp von Bohlen und dem Betriebsrat der Kruppwerke in einem herzlich gehaltenen Telegramm sein Beileid ausgesprochen.

Beileidstelegramm des Kardinals Schulte zu den Essener Mordtaten. Köln, 4. April. Seine Eminenz der Kardinal D. Joseph Schulte hat aus Anlaß der blutigen Vorkommnisse in Essen an den dortigen Stabidegnenten Prälaten Alfrieden folgendes Telegramm geschickt: „Den Angehörigen der Ermordeten bitte ich mein tiefes Mitgefühl zu übermitteln. Die grauenvolle Entweihung des Osters

Friedens flag den Feind aufs neue vor aller Welt an."

Deutsche Richtigstellungen.

Die Firma A. Grupp veröffentlicht eine Widerlegung der unwahren Darstellungen des Pariser Sabasberichts über das Blutbad vom Karlamstag.

Der Betriebsrat der Firma Grupp veröffentlicht eine Darstellung von Augenzeugen der Vorgänge am Samstag, die die letzten Berichte über das Blutbad bestätigen.

Der Eindruk in Amerika.

New York, 2. April. (Frankf. Ztg.) Die Nachrichten über das Blutbad in Essen machen hier einen starken Eindruk in Essen machen hier einen starken Eindruk in Essen...

Neuer französischer Willkürakt.

Berlin, 4. April. Die Franzosen haben den Vertreter der Reichspressstelle in Düsseldorf, Geheimrat Becklin, aus einem Reisebesprechung heraus verhaftet.

Weitere Befragung von Zeugen.

Essen, 4. April. Die staatlichen Zeugen Waltpop in Duer und die private Zeche König Ludwig B. Becklinghausen sind voraussichtlich für längere Dauer zwecks Kohlenabfuhrung beschlagnahmt worden.

Münderoth und Gimborn befeh.

Münderoth, 4. April. Im Bergischen Land sind Münderoth und Gimborn im Laufe des gestrigen Tages befeh worden.

An der Ostgrenze des Einbruchgebietes dauern die starken Truppenverschiebungen der letzten Tage von und nach Frankreich an.

Die Ausdehnung der französischen Besetzung in Mannheim.

Mannheim, 3. April. Die vor den Ostertagen erfolgte Besetzung des Neckarstadt-Bahnhofs scheint zur weiteren Abschnürung des Güterverkehrs erfolgt zu sein.

Magdalena Castelli.

Roman von M. Mappi Saul.

Gratia und Menico waren durch die Großmut des verstorbenen Herrn und seiner Tochter reich bedacht worden und konnten sorgenfrei leben.

Einmaligkeit, Stille, Weltabgeschiedenheit! Diese Worte bergen eine Fülle des Trostes für jene, die den langen Weg des Lebens schon über die Hälfte zurückgelegt, die sich auf den ersten Schritt in die Ewigkeit vorbereiten.

Als ich jenes einsame Haus betrat, vermochte ich noch nicht aus den Vorzügen der Einsamkeit Vorteile zu ziehen. Es stürmte noch in mir ein jugendliches Fieber, das keine Berechtigung hatte, das aber durch Zweifel und Sorge zu einer fortgesetzten leidenschaftlichen Dual gesteigert wurde.

In solcher Stimmung betrat ich eines Abends den stillen Garten, der meine neue Wohnstätte umgab. Unschlüssig stand ich vor der Schwelle des Hauses, da kante ein roter, bekannter Schritt mir entgegen.

"Sanktion", weil in der Nacht zum Samstag mehrere Fensterheben an dem Bahnhof eingeworfen worden seien. Die teilweise Sperrung der Friedrichsbrücke hat zu empfindlichen Verkehrsstörungen geführt, die sich vor allem bei der Ankunft der Arbeiterzüge bemerkbar machen.

Zu der Besetzung des Motorenwerks Mannheim der Firma Benz wird noch berichtet, daß die Franzosen in den Magazinsräumen verschlossene Behälter aufbrachen und die Räume verunreinigten. Eine neue große Schiffsmaschine ist fotografiert worden.

Am ersten Osterfesttag erschienen drei französische Unteroffiziere in Uniform im "Friedrichsplatz", wurden aber alsbald von zwei Schulknaben wieder entfernt. Wie die Mannheimer Volksstimme weiter dazu berichtet, mehren sich in der letzten Zeit die Fälle, daß französische Soldaten in Uniform sich in dem unbesetzten Teil der Stadt Mannheim bewegen und zum Einfluß deutsche Geschäfte aufsuchen.

Mannheim, 3. April. Der Sekretär des Allgemeinen (Freien) Deutschen Eisenbahnerverbandes in Ludwigshafen, Baum, ist von den Franzosen verhaftet und nach Randau gebracht worden.

Offenburg, 3. April. Die von den Franzosen ausgewiesenen 20 Familien der Vorzeibeamten, Frauen und Kinder, konnten die Stadt rechtzeitig verlassen, da genügend Möbelwagen zur Verfügung standen, um ihre Habe mitzunehmen zu können.

Die Arbeiterparteien zur Ruhrbesetzung.

Paris, 3. April. Die Labourpartei hat am 2. April unter dem Vorbehalt von Ballhaus ihre Schlangen aufgenommen. Mehr als 300 Delegierte waren anwesend, darunter alle sozialistischen Parteien Europas.

"Gott sei gelobt!" sprach ich aufatmend, daß Sie die Güte haben, meinen Eintritt in dieses Haus durch Ihren Freundesgruß zu erleichtern.

Er nahm meine Hand und erwiderte: "Verwallte Herzen verstehen sich, liebe Lena! Auch ich bedarf Ihres Trostes. In meinen Jahren trägt man den Schmerz des Verlustes noch schwerer als in der Jugend, wo neue Interessen, neue Bande Geist und Gemüt fesseln und dem Banne der Trauer entziehen können."

"Es erleichtert die Losrennung von dieser Erde," versetzte ich, indem ich mit Teilnahme in das Antlitz des treulichen Mannes blickte. "Einer Verhinderung entziehen Sie, lieber Freund, durch Ihre angestregte Lächelheit, einer Verhinderung, der ich preisgegeben bin meiner heftigen Gemütsart, was die ich schwer in eine unläutliche Einsinnigkeit hineinleben kann."

"Und diese ist?" fragte er gütig. "Der Ueberdrück!"

Er schritt mit mir auf den Gartenweg weiter. Endlich sagte er sinnend: "Was ist der Ueberdrück? Ist er nicht das Ergebnis einer mangelhaften Erkenntnis?"

"Nein, das ist er nicht. Er beherrscht mich, trotzdem ich ihn als die der Seele schädlichste Stimmung erkenne."

Währenddessen geschähe Köln nicht zum Aufgehoben. Hierauf nahm der Kongreß die Entschuldigungen an.

Paris, 3. April. Der belgischen Sozialistenkongreß setzte gestern seine Beratungen fort. Nach der Rede des deutschen Sozialisten Hilferding nahm ein Vertreter der Labourpartei, Merris, das Wort. Er bezeichnete die Ruhrbesetzung als einen Versuch gegen den Versailler Friedensvertrag und verlangte den Rückzug der Besatzungstruppen, sowie die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die Kriegsbeschädigten Frankreichs zur Ruhrbesetzung.

Paris, 4. April. Der vor einigen Tagen in Marseille einberufene Kongreß der französischen Kriegsbeschädigten hat jetzt auch zur Ruhrfrage Stellung genommen. Dem Verband war von dem Verein deutscher Kriegsbeschädigten ein Schreiben zugegangen, in dem der Kongreß ersucht wurde, bei der französischen Regierung zwecks Räumung des Ruhrgebietes vorstellig zu werden.

Reichsindexziffer.

Berlin, 4. April. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts beträgt die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) im Durchschnitt des Monats März 1923 (1913/14 = 1) gegenüber 2643 im Februar.

Afrikanische Kohlen für Deutschland.

Hamburg, 4. April. Als durch den französischen Einbruch ins Ruhrgebiet die deutsche Kohlenversorgung in Gefahr zu geraten drohte, haben sich die deutschen Afrika-Linien schnell entschlossen, ihre Schiffe mit aller Beschleunigung in den Dienst der Kohlenbeschaffung zu stellen, um südafrikanische Kohlen herbeizuschaffen.

Der österreichische Bundeskanzler in Rom.

Rom, 2. April. (Frankf. Ztg.) Unmittelbar vor seiner Rückreise nach Wien empfing Herr Seipel die Pressevertreter. Er erklärte ihnen, daß seine Italienerreise dreierlei Zweck gehabt habe:

Italienische Beteiligung an der österreichischen Sanierungsanleihe, Förderung des Abschlusses eines Handelsvertrags und endlich die Wiederherstellung des Verkehrs unter möglicher Beseitigung der Handelsbeschränkungen.

Baden.

Die Deutsche Bodensee-Zeitung.

Die Nachfolgerin der Zentrumsblätter Konstanz, Nachrichten, Singener Zeitung, Ringauer Bote und Stodacher Zeitung, ist am Karlamstag zum ersten mal erschienen. Die Nummer 1 enthält ein Wort zum Geleite, in dem die Maßnahmen der Zusammenfassung mehrerer Blätter zu einer einzigen größeren Zeitung erklärt wird.

Nun sind gerade die gegenwärtigen Zeiten für das Zeitungswesen ganz kritisch. Den Lesern wird das Blatt zu teuer, wiewohl es eigentlich billiger ist als vor dem Krieg. Da und dort erfolgen so Abbestellungen. Die Anzeigen nehmen ab. So fallen die Einnahmen. Darin liegen die Ausgaben. Die Abfälle und Schäden wachsen; das Papier kostet ungeheure Summen. Diese Verhältnisse gebieten es, daß die bescheidenen Faktoren eingreifen und dem Werte die Presse retten. Sie haben so mit energischer Tat die Zentrumsblätter von Singen, Stodach, Leberlingen und Konstanz zusammengelegt, und ein leistungsfähiges Blatt für das bisherige Gebiet herausgegeben.

Wir vergessen wir die alte Wahrheit nicht: Wer seine Zeitung zu Grunde gehen läßt, macht die Ideale mehr- und schließlich, die Ideale für die unglücklichen Väter so große Opfer gebracht, so große Kämpfe ausgefochten, so Sämereien gesät haben! Es sind die Güter unseres christlichen Glaubens, der christlichen Kultur!

Was Dr. Schofer hier für die Bodensee-Zeitung sagt, gilt natürlich nicht nur für den Bodensee. Auch der Führer der Katholiken des Seeres, Reichsanwalt Dr. Hugo Daur ergreift selbstverständlich das Wort zu der getroffenen Maßnahme. In einem Artikel "50 Jahre Kampf und Sieg" wagt er einen Rückblick auf die Kämpfe am See seit den 60er Jahren und schildert zugleich die Geschichte der katholischen Presse droben am See. Zum Schluß schreibt Dr. Daur:

Die von der Landesparlamentarier im letzten Jahre unternommenen Versuche einer Konzentrierung der Kräfte zwecks Erhaltung unserer Parteipresse in Baden zu erstrecken, haben bei manchem Verleger, besonders bei den Privatverlegern, leider keine Gegenliebe gefunden. Darum schritten mit Zustimmung der Parteiführer die Gesellschaftsorgane der vier Städte Konstanz, Singen, Stodach und Leberlingen zur Bildung eines Konzerns zwecks Herausgabe einer Gemeinheitszeitung. Die "Deutsche Bodensee-Zeitung" nimmt mit der heutigen Nummer den Weg in die Öffentlichkeit. Das Blatt wird in Konstanz redigiert und gedruckt unter Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Verlage. Von der Kreisverpflichtung aus führten wir jeder und so auch in Zukunft die Gegner aller Schattierungen wie Angriffe gegen unsere christliche Weltanschauung zielbewußt und ausdauernd. Es lag in der Natur der Sache, daß auch die Beteiligung von der Zentrale des Konzerns aus geleistet wird und das Blatt von hier aus seinen Weg in die Bezirke hinaus nimmt.

Alle unsere Vertrauensleute und alle geistig fortgeschrittenen Volksteile im Seeres sollen es in unserer kritischen Zeit als eine selbstverständliche Ehren- und Gewissenssache ansehen, uns in dem großen Götterkampf für christliche Wahrheit, religiöse und bürgerliche Freiheit zu unterstützen. Nur auf diesem Boden fundamentiert, ist das geerdete Gebäude unserer wirtschaftlichen und

jenem Ueberflusse, welcher mir einst für meine liebe Giulia als wertvolle Zutat zu unserem Glück erschien, ist mir geradezu unerträglich geworden. Wie Sie wissen, habe ich die diplomatische Laufbahn schon vor Ihrem Tode aufgegeben. Ich würde, wollte ich diesbezüglich wieder erwählen, in dieser Art von Tätigkeit keine Befriedigung mehr finden. Mir Schicksal kinder des Glücks entgehen des Hilfsmittels der harten Arbeit, um unsere von einem gewaltigen Schmerz ver wundeten Herzen zu heilen oder wenigstens zu lähnen. Danach aber sehnte sich mein Herz, diesem meinem Verlangen entsprach die Kunde, daß die südamerikanischen Regierungen den Missionen der katholischen Kirche kein Hindernis mehr setzen und daß demzufolge eine Ordensgemeinschaft, beruht in der Missionsgeschichte, Ihre Mitarbeiter dahin abzusenden im Beatrice stehe. Ich mit derselben meine Dienste an. Nachdem ich mich mit den Leitern der Mission in Verbindung gesetzt und von ihnen auf das vorwunderliche zur Hilfe bei ihrem edlen Unternehmen aufgefordert worden war, entschloß ich mich zur Abreise. Ich werde diese morgen in Begleitung eines treuen Dieners antreten.

Bestiglich Ihrer so wichtigen Besorgensangelegenheit gebe ich Ihnen die Versicherung, daß ich in meinen Nachforschungen nicht ruhen werde, um jenen auszuwählen, den Sie bezeichnen. Billeidet gelland es mir, in Amerika, wo ich Sie vermutete, wenn er noch unter den Lebenden ist, auf seine Spur zu kommen. Seien Sie versichert, daß ich diesen Freund desdienst als eine heilige Pflicht betrachte.

Wir haben eine gemeinsame Fürbitterin bei Gott, das sei Ihnen und mir ein Trost. Leben Sie wohl, sagen Sie unserem Freunde Spiridon meinen Abschiedsgruß und gedenken Sie meiner an Giulia. Ihr César Torcelle.

Meinem Versprechen gemäß fasse ich keinen entscheidenden Entschluß, ohne Ihnen Mitteilung zu machen. Mein Leben in der Heimat, umgeben von

Wertes Freundin!

(Fortsetzung folgt.)

österreichischen Wohlstandes, die Gruppen und die Wirtschaft. Darum mit vereinigtem Willen und unter der Führung des Zentrumsgebändes in Stodach und Bodensee-Zeitung" werden unsere großen Partei eine mächtige Schulung an der Spitze des Bodensees. Auf Vaterland!

Serr Reichstagspräsidenten in Deutschland.

Auch wir wünschen, daß die nur ein- altem beherrschten werden. Wenn eine ferer Zentrumspressführung noch den bisher erschienenen man das im Interesse Rang der Verhältnisse verschiedenen Zentrumsblätter geordnet, Verhältnisse folgend zusammenzulegen, immer noch zu den ziehungen zu den unterhält. Den Bodensee-Zeitung.

Die deutsche...

Rom Oberwald... geschrieben:

Eine neue Entdeckung, die nur ein- altem beherrschten werden. Wenn eine ferer Zentrumspressführung noch den bisher erschienenen man das im Interesse Rang der Verhältnisse verschiedenen Zentrumsblätter geordnet, Verhältnisse folgend zusammenzulegen, immer noch zu den ziehungen zu den unterhält. Den Bodensee-Zeitung.

Was Dr. Schofer hier für die Bodensee-Zeitung sagt, gilt natürlich nicht nur für den Bodensee. Auch der Führer der Katholiken des Seeres, Reichsanwalt Dr. Hugo Daur ergreift selbstverständlich das Wort zu der getroffenen Maßnahme.

In einem Artikel "50 Jahre Kampf und Sieg" wagt er einen Rückblick auf die Kämpfe am See seit den 60er Jahren und schildert zugleich die Geschichte der katholischen Presse droben am See. Zum Schluß schreibt Dr. Daur:

Die von der Landesparlamentarier im letzten Jahre unternommenen Versuche einer Konzentrierung der Kräfte zwecks Erhaltung unserer Parteipresse in Baden zu erstrecken, haben bei manchem Verleger, besonders bei den Privatverlegern, leider keine Gegenliebe gefunden. Darum schritten mit Zustimmung der Parteiführer die Gesellschaftsorgane der vier Städte Konstanz, Singen, Stodach und Leberlingen zur Bildung eines Konzerns zwecks Herausgabe einer Gemeinheitszeitung. Die "Deutsche Bodensee-Zeitung" nimmt mit der heutigen Nummer den Weg in die Öffentlichkeit. Das Blatt wird in Konstanz redigiert und gedruckt unter Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Verlage.

Alle unsere Vertrauensleute und alle geistig fortgeschrittenen Volksteile im Seeres sollen es in unserer kritischen Zeit als eine selbstverständliche Ehren- und Gewissenssache ansehen, uns in dem großen Götterkampf für christliche Wahrheit, religiöse und bürgerliche Freiheit zu unterstützen.

jenem Ueberflusse, welcher mir einst für meine liebe Giulia als wertvolle Zutat zu unserem Glück erschien, ist mir geradezu unerträglich geworden. Wie Sie wissen, habe ich die diplomatische Laufbahn schon vor Ihrem Tode aufgegeben. Ich würde, wollte ich diesbezüglich wieder erwählen, in dieser Art von Tätigkeit keine Befriedigung mehr finden.

Mir Schicksal kinder des Glücks entgehen des Hilfsmittels der harten Arbeit, um unsere von einem gewaltigen Schmerz ver wundeten Herzen zu heilen oder wenigstens zu lähnen. Danach aber sehnte sich mein Herz, diesem meinem Verlangen entsprach die Kunde, daß die südamerikanischen Regierungen den Missionen der katholischen Kirche kein Hindernis mehr setzen und daß demzufolge eine Ordensgemeinschaft, beruht in der Missionsgeschichte, Ihre Mitarbeiter dahin abzusenden im Beatrice stehe.

Ich mit derselben meine Dienste an. Nachdem ich mich mit den Leitern der Mission in Verbindung gesetzt und von ihnen auf das vorwunderliche zur Hilfe bei ihrem edlen Unternehmen aufgefordert worden war, entschloß ich mich zur Abreise. Ich werde diese morgen in Begleitung eines treuen Dieners antreten.

Bestiglich Ihrer so wichtigen Besorgensangelegenheit gebe ich Ihnen die Versicherung, daß ich in meinen Nachforschungen nicht ruhen werde, um jenen auszuwählen, den Sie bezeichnen. Billeidet gelland es mir, in Amerika, wo ich Sie vermutete, wenn er noch unter den Lebenden ist, auf seine Spur zu kommen. Seien Sie versichert, daß ich diesen Freund desdienst als eine heilige Pflicht betrachte.

Wir haben eine gemeinsame Fürbitterin bei Gott, das sei Ihnen und mir ein Trost. Leben Sie wohl, sagen Sie unserem Freunde Spiridon meinen Abschiedsgruß und gedenken Sie meiner an Giulia. Ihr César Torcelle.

Meinem Versprechen gemäß fasse ich keinen entscheidenden Entschluß, ohne Ihnen Mitteilung zu machen. Mein Leben in der Heimat, umgeben von

(Fortsetzung folgt.)

österreichische Bevölkerung wieder aufzubauen, ist der Schluß eines Wiederherstellungsprogramms, das die Wiedergewinnung unserer Heimat ermöglicht. Darum mit vereinten Kräften an die Arbeit. Zeigen wir uns unerer Väter und der früheren Träger unserer Zentrumsgedanken würdig. Erfüllen wir diese Aufgabe in Stadt und Land. Dann wird die „Deutsche Bodenzeitung“ weitaus das stärkste, leistungsfähigste, untere große Partei würdige Zeitungsunternehmen, unsere mächtige Schutzwehr für unsere christliche Weltanschauung an der Südmarch des Reichs, an den Geländen des Bodensees. Auf zur Arbeit mit Gott für Volk und Vaterland!

Herr Reichstagsabgeordneter Dies bespricht in interessanten Ausführungen die Ernährungsfrage in Deutschland.

Auch wir wünschen der Deutschen Bodenzeitung, die nur ein neuer, zeitgemäßer Aufbau auf altem bewährtem Fundament ist, fröhliches Gedeihen. Wenn eine stärkere Zentralisierung bei unserer Zentrumsgruppe eintritt, ohne daß die lokale Führung noch den einzelnen Erscheinungsorten der bisher erschienenen Blätter darunter leidet, so kann man das im Interesse der Sache nur begrüßen. Dem Drang der Verhältnisse folgend hat man damals an den verschiedenen zentralen Orten ein Zentrumsbüro gegründet. Wiederum dem Drang der Verhältnisse folgend geht man heute dazu über, sie zusammenzulegen, wobei der neuen Zeitung aber immer noch zu gut kommt, daß sie besondere Beziehungen zu den bisherigen Erscheinungsorten unterhält. Den Vorteil davon haben die Leser und die Zeitung.

Die deutschnationale Bauernpartei.

Vom Obenwald wird uns aus bauerlichen Kreisen geschrieben:

Eine neue Entdeckung auf politischem Gebiet hat der Ob. Hertle gemacht: Die Landwirtschaft ist und bleibt deutschnational. Ob da nicht die ältesten Säule lachen? Und ob der deutschnationale Parteitag lebhaftest Zustimmung gekündet oder in stichliche Verlegenheit kam? Jedenfalls kann die Hertle'sche Behauptung als nicht mehr wie eine bloße Dekoration und Taktik der Deutschnationalen sind nicht dazu angetan, arge Angst auf die Bauern auszuüben. Sogar die Rothschulden verhalten sich gar off. „Deutschnational“ zu gelten. Die deutschnationale Bauernvereinsleitung bei Beratung der bad. Gewerbesteuer ist in Erinnerung; ebenso die gewünschte Heranziehung der Flächen unter 2 Hektar, bezw. 5 Hektar Gesamtfläche zur Getreideumlage.

Gewiß ist der Bauer mehr konservativ gesinnt, aber was sich in der Hinsicht unter Deutschnational verbergt, ist nicht seinem Geschmack. Wer sich noch an die „gute alte Zeit“ erinnert, als die Vorfahren der Deutschnationalen das Szepter führten, wird kein Verlangen darnach haben, diese Zeit wieder zu erleben. Das kann höchstens in Ostpreußen der Fall sein, was vielleicht dem Ob. Hertle vornehmlich über ihr Leben bekanntlich in Baden. Da gibt es auch neuere Dinge mit deutschnationalem Einschlag, welche zur Förderung der Landwirtschaft dienen sollen, von denen aber der größte Teil der badischen Bauern sehr wenig versteht.

Verwunderlich ist es, daß Ob. Hertle so offen und ungeniert dem deutschnationalen Parteitag behauptet und sich als Vertreter der Landwirtschaft aufstellt. Wir haben noch verschiedene andere Herren in Baden, die in derselben Atmosphäre, wie Ob. Hertle leben die es aber vorzogen, beim deutschnationalen Parteitag durch Abwesenheit zu glänzen. Sie wollen ursprünglich einen gewissen Trennungsstrich zwischen Landbauern und Deutschnationalen ziehen wissen. Sie wissen wahrlich, warum. Die demokratische Strömung im Landbau hätte denselben die Meinung gesagt. Falls sie es gewagt hätten, Farbe zu bekennen. Jedenfalls hat die deutschnationale Partei noch manche Wandlung nötig, um dieser Richtung zu entsprechen. Bis sie oder dem Bauernstand insgesamt gefällt, müssen vom Bau der sozialen Partei solche abgebrochen und neue eingestrichelt werden, daß man den Bau kaum wieder erkennt!

Fränkische Feindschaft

Wird aus der Ausweisung der Familien der bereits ausgewiesenen Offenburger Polizeibeamten. Der Franzose ist kleinlich und giftig in seinem nationalistischen Hohn. Er liebt die Modellsche, die er wo möglich verachtet. Das hat ihn von jeder dem Deutschen unähnlich gemacht.

Abgesehen davon, daß der Franzose in Offenburg kein Recht hat, irgendwelche rechtsartigen Anordnungen zu treffen und daher sich ein Recht auf Ausweisung deutscher Familien nur auf Grund roher Gewalt anmaßt, ist die Anordnung einer solchen brutalen Gewaltmaßnahme gerade auf Eltern von besonderer Gemeinheit und wird von allen Deutschen, aber besonders von allen gläubigen katholischen Deutschen als solche empfunden. Wenn sich Frankreich gerade bei der „katholischen gläubigen Bevölkerung“ um jede Achtung bringen wollte, dann konnte es das nicht besser anstellen, als seine Militärtruppen in Offenburg und Essen auf Eltern hin es getan haben. Die Mutter in Essen vor Offenburg, die Ausweisung von Familien längstens bis Ostermontag, empfinden wir katholische Deutsche als unerbittliche Gemeinheiten, weil sie gerade an solchen Tagen dem christlichen Gefühl besonders schmerzhaft widersprechen. Mißachtet frägt man in Frankreich nichts darnach. Trotzdem wollen wir keinen Zweifel daran lassen, wie wir deutsche Katholiken so etwas beurteilen, weniger aus innerem deutschen als aus katholisch religiösem Gefühl heraus. Wir erörtern, daß wenigstens die gläubigen französischen Katholiken ein Gefühl für unsere diesbezüglichen Empfindungen haben. Die Klust zwischen Frankreich und Deutschland wird leider durch solche Gemeinheiten der ausübenden Organe immer tiefer und breiter, was wir aufrichtig bedauern, da wir mit den Franzosen gerne im Frieden leben möchten und zwar nicht erst seit heute.

Wenn es wahr sein sollte, daß man den Frauen der ausgewiesenen Polizeibeamten fränkischerseits

gesagt hat, wenn sie sich scheiden liehen von ihren Männern, dann könnten sie wohnen bleiben, dann würden vorstehende kritischen Bemerkungen auf eine solche Äußerung noch schärfer zutreffen. Man müßte dann von jener Unübertrefflichkeit sprechen, durch die sich der Franzose bei anderen Völkern nie empfohlen hat, sondern das Gegenteil. Im Interesse seines Ansehens würde Frankreich dann auf tun, diejenigen, die für eine solche Äußerung verantwortlich sind, die das Ansehen Frankreichs in der deutschen Bevölkerung sehr tief herabsetzt, zurückziehen und sie durch stichlich etwas ernstere Elemente zu ersetzen. Einwilligen möchten wir aber immerhin noch annehmen, daß die in einigen Blättern berichtete Äußerung nicht zutrifft.

Chronik.

Baden.

1) Ettlingen. Am 26., 27. und 28. Mai findet in Ettlingen die 2. Bundesversammlung des Verbandes badischer Sanitätskolonnen, verbunden mit der Feier des 50-jährigen Bestehens der Heiligen Kolonne mit Genehmigung des badischen Kronenkreuzes statt. In Rangeneinheitsreden werden die Anwesenden sehr stark auf fünf Kinder der Fronten schon erliegen, darunter drei Kinder des Frontarbeiters Wils, Rupp. In einer der letzten Reden wurden aus der Ettlinger Eisen- und Metallgewerbe drei große Redebanden von großem Wert gehalten.

2) Forstheim, 31. März. Auf Beschluß des Bürgerausschusses wurde der Betrieb der Straßenbahn angelehnt der ungenügenden wirtschaftlichen Lage der Bahn am 1. April 1923 stillgelegt.

3) Heidelberg, 3. April. In der Nordhalle am Platzhofenfesten, wo am 20. Juni 1921 die beiden Bürgermeister Wulfe und Werner ermordet und beraubt wurden, läßt das Corps Bantalia, dessen Alter Herr Wulfe war, zurzeit einen schlichten Gedenkstein errichten. Es wurde dazu ein großer Sandsteinblock verwendet.

4) Mannheim, 3. April. Zur Durchführung von Notstandsarbeiten sollen 800 Millionen Mark flüssig gemacht werden.

5) Mannheim. Die Regierungsentscheidung wegen der Totalfaktor-Steueranteile des badischen Kleinrentens ist nunmehr ergangen und der bad. Kleinrentenverein Mannheim hat infolgedessen beschlossen, die Mai-Verderben am Markt-Sonntag, den 29. April, Markt-Sonntag, den 1. Mai, und Sonntag, den 6. Mai, abzuhalten. Auch der historische Mannheimer Markt-Sonntag wird stattfinden.

6) Wallbühl, 31. März. Die Zeitverhältnisse machen sich auch in der hiesigen Blumen- und Wachsindustrie sowie in den Zuckersüßwaren bemerkbar. Es müssen Arbeitseinsparungen und Entlassungen stattfinden, dergleichen leidet die neuangelegte Zuckersüßwaren-Unternehmung.

7) Heidelberg, 3. April. Im 66. Lebensjahre ist der frühere Professor der Oberrealschule Ludwig August Ehret gestorben. Seit 1887 wirkte er als Lehrer der Physik und Mathematik an der genannten Anstalt. Einbrecher stiegen an einem der letzten Abende durch ein Fenster in ein Haus der Wischardstraße und stahlen Schmuckgegenstände im Gesamtwert von etwa 2 Millionen Mark. Ein bödiger Unglücksfall hat sich am Ostermontag abend hier ereignet. Der 43-jährige verheiratete Kaufmann Emil Döllinger stellte sich mitten auf die Straße, um ein in voller Beweismittel herausgehendes Personalaus durch Winken mit der Hand zum Rangsamfahren zu veranlassen. Der Kraftwagenführer konnte das Auto aber nicht mehr rechtzeitig anhalten. Döllinger wurde überfahren und getötet. — Aus dem Redar wurde die Leiche des Studenten Erwin Geh aus Bad Nauheim gefunden, der vor einigen Wochen aus einer Fremdenanstalt entwichen war. Man nimmt an, daß Selbstmord vorliegt. — Auf der Straßenbahn ist eine besondere Auslandsvergabe festgelegt, die 2000 Mk. beträgt, gleichgültig, ob es sich um eine längere oder längere Strecke handelt.

8) Wehrheim, 3. April. Durch Blitzschlag wurde in Kronbach die Feldscheuer des Gutbesizers Müllh mit großen Stroh- und Futtervorräten eingeschlagen. — In Hilterslingen bei Giltersbach wurde ein 10-jähriger Knabe vom Bliz erschlagen.

9) Vom Obenwald, 1. April. Die Holzpreise erreichen im Obenwald eine tolle Höhe. Der Stier Dudenholz kostet z. B. 60000—70000 Mk., der Stier Lannenholz 30—35000 Mk. Das Weizenbrot Baden hat Weizenpreise festgesetzt, die sich je nach Qualität in verschiedener Höhe bewegen. Die Rangholzepreise sind zurückgegangen. Der Holzhandel, der sonst lebhaft betrieben wird, ist in Stodung geraten. — Infrere Wege und Wälder erfreuen sich jetzt infolge der teuren Zeiten mehr Aufmerksamkeit als früher, wo der Obenwald als Reifezeit der Welt betrachtet wurde. Zu Fuß und Fuß durchgehenden Wanderer aus den Städten die Dörfer und Städtchen und gefahren gerne, daß sie angenehm enttäuscht sind.

10) Vom Schwarzwald, 3. April. Die gegenwärtige warme Witterung räumt mit den gewaltigen Schneemassen so langsam auf. Doch liegt auf den Höhen noch viel Schnee und erwidert die Ackerbestellung sehr. Es ist dies sehr zu bedauern, da durch den frühen Winter auch im Herbst sehr wenig gearbeitet werden konnte.

11) Kauf, 3. April. In bald ungemäßigter Weise häufen sich hier dieses Frühjahr die Todesfälle. Seit Januar sind bis jetzt 23 Personen gestorben, davon 21 Erwachsene. Im ganzen letzten Jahre waren es nur 27 Todesfälle hier, davon 19 Erwachsene. Reist vor Augenentzündung die Todesursache. — Auffällig und merkwürdig waren die letzten drei Beerdigungen durch die würdigen Namen der Verstorbenden: Leonhard Zimmermann, die beiden verstorbenen waren 2 über 80 und 3 über 70 Jahre alt, 2 in den 60er und 4 in den 50er Jahren. So hat es der Tod scheint auf die älteren Leute abgesehen, doch ist ihm auch kein junger Mensch zu spät.

12) Singen a. S., 3. April. Für die bevorstehende Bürgermeisterversammlung schlägt das Zentrum den Beamten der Maggafabrik Dr. Rauffmann und die Sozialdemokraten den bisherigen Offenburger Bürgermeister Dr. Hüfner vor, der bekanntlich von den Franzosen ausgewiesen worden ist.

13) Bounsdorf, 3. April. In den Folgen eines Schlaganfalls ist Bezirksarzt Dr. Dietrich gestorben.

14) M. W. Baden, 2. April. Am gestrigen Ostermontag, nachmittags 3 Uhr, fand in Hard a. Bodensee durch einen geistlichen Vertreter der Vorarlberger Landesregierung die Taufe des flüchtigen Segelbootes „Sowitagoth V“, das Ende Mai seine Fahrt Hamburg-Wadeica-Golf von Regio-Nemport ansetzen soll, statt. Nach der Taufe wurde das Boot zu Wasser gelassen und im Hafen der Bodensee-Verkehrs-A.G., die gestern durch den Besuch vieler Tausender zum reinen Volksfestort geworden war, festgemacht. Nun wird das Boot ausgerüstet zu Schiffe fahren auf dem Bodensee. — Die heutige Frühjahrswoche für Bodenseeregattanten findet am 9. Juni vor Lindau und am 10. Juni vor Friedrichshafen statt.

Kathol. Männerverein Süd. Volksversammlung

Am Donnerstag, 5. April, abends 8 Uhr, im Hofsaal
Redner: Herr Reichstagsabg. Erving über die politische Lage.
Der Vorstand.

Aus andern deutschen Staaten.

Frankfurt. Aufstand auf der Frankfurter Messe. Die Handelsvertretung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik in Berlin wird wie bei den früheren Messen, auch zu der am 15. bis 21. April d. J. stattfindenden Frankfurter Frühjahrsmesse ein Auswahlsbüro auf dem Messegelände unterhalten, wodurch besonders den am Handel mit Russland interessierten Firmen aus Süddeutschland die bequemste Möglichkeit, sich über alle Fragen des Handelsverkehrs mit dem Osten zu erkundigen, geboten ist.

Berlin, 3. April. Eine folgenschwere Explosion ereignete sich am Ostermontag-Abend auf einem Gaslagerplatz bei Leipzig. Dort fanden Kinder eine Gierhandgranate, die von einer Leubung der Reichswehr liegen geblieben war. Sie spielten mit der Handgranate. Plötzlich explodierte die Granate und tötete den 10-jährigen Schüler Fiedler, drei andere Kinder erlitten schwere Verletzungen im Gesicht und an den Armen. Die Feuerwehr schaffte die Kleinen ins Krankenhaus, ihr Zustand ist hoffnungsvoll.

Beilegung des Streiks der bayerischen Brauereiarbeiter. München, 3. April. Der seit vier Tagen in den meisten bayerischen Städten ausgebrochene Streik der Brauereiarbeiter ist durch eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern beigelegt worden. Die Arbeit wird heute in allen Brauereien wieder aufgenommen. Die Arbeiter erhalten vom 3. April ab in den Großstädten eine wöchentliche Zulage von 15 000 Mk.

Karlsruhe.

Einige Tatsachen zur Frage der Milchversorgung.

Da von interessierter Seite aus immer wieder von neuen unrichtigen Darstellungen und Behauptungen über die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe verbreitet werden, ist es notwendig, immer wieder von neuem auf folgende Tatsachen hinzuweisen:

1. In der Stadt Karlsruhe wird schon seit Jahren keine Milch mehr erzeugt, soweit nicht ausnahmsweise an heißen Sommerlagen, wenn die Milch aus entfernten Lieferungsgebieten in angereicherterem Zustande hier eintrifft, eine Entnahme zwecks Verwertung der Milch stattfinden muß.

2. Die Magermilch, die zur Ergänzung der knappen Vollmilch mit Vollmilch noch immer hier ausgegeben wird, wird aus der Schweiz bezogen. Sie wird in schwachen Franken bezahlt und stellt sich deshalb nahezu ebenso hoch im Preise als die inländische Vollmilch. Sie findet einwilligen noch bei einem großen Teil der Bevölkerung dankbare Aufnahme. Ihr Bezug kann aber zu jeder Zeit eingestellt werden, wenn das Publikum an dem hohen Preise Meckerns nimmt.

3. Die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe, so knapp sie bedauerlicherweise auch ist, ist doch immer besser, wie die allermeisten anderen badischen Städte. Es werden sich auch sonst nicht nach wie vor andere Städte auf eifrige Bemühen, der Stadt Karlsruhe ihre Lieferungsgebiete absperrig zu machen.

4. Der Milchpreis ist z. Bt. niedriger, als in den anderen größeren badischen und außerbadischen Städten. Er beträgt hier 568 Mk. für den Liter in Stuttgart 680 Mk., in Heidelberg 600 Mk., in Mannheim 600 Mk., in Würzburg 600 Mk., in Frankfurt 720 Mk., in Nürnberg 600 Mk., in Ludwigshafen 590 Mk. Wenn hier an einigen wenigen, im voraus bestimmten Tagen im Monat ein erhöhter Milchpreis (z. Bt. 786 Mk.) erhoben wird, so geschieht dies, um einen Ausgleich dafür zu schaffen, daß für Milch von den karlsruher Wirtschaftskreisen ständig ein höherer Erzeugerpreis (z. Bt. 720 Mk.) bezahlt werden muß, als in den landlichen Lieferungsgebieten (z. Bt. 580 Mk.).

5. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Milchmangelherde gehen vom Ministerium des Innern aus, das die Gesundheitsämter im ganzen Lande mit entsprechender Weisung versehen hat. Die Stadt hat die Verpflichtung, diese Maßnahmen im Interesse der versorgungsberechtigten Bevölkerung — Kinder und Kranke — zu unterstützen.

6. Der Auf nach Freigabe des Milchbezugs wird von den wenigen Bezugsquellen erhoben, die Zeit und Gelegenheit haben, sich täglich persönlich die Milch im Lande herbeizubringen. Die weitaus überwiegende Teile der Bevölkerung sind auf die öffentliche Versorgung angewiesen. Sie hätten im Falle der Freigabe des Milchbezugs mit der schweren Gefahr zu rechnen, im allgemeinen Betreten um die Milch, das dann einsehen würde, weil die verfügbare Milch für die Gesamtbevölkerung nicht ausreicht, für ihre Kinder und Kranken überhaupt keine Milch mehr zu bekommen. Die Stadtverwaltung wird diese Verantwortung nicht auf sich laden.

Soweit die der Schriftleitung zugehende Darlegung, der Kernpunkt der Frage liegt immer wieder in der Tatsache, daß bei den Produzenten viel mehr Milch verfügbar ist, als den Städten geliefert wird. Ein Beweis dafür ist die alljährlich zu beobachtende Erscheinung, daß Milch auf privatem Weg vom Land in die Stadt kommt und zwar vielfach auch solche, für die keine Sammelpreise bezahlt worden sind. Wenn jemand in Regierung oder Stadt glaubt, mit dem Verbot dieser privaten und persönlichen Milchzufuhr — wir sprechen nicht vom gewerbsmäßigen Sammelver, der mit der gesammelten Milch Geschäfte macht — sei irgend etwas geholfen, der täuscht sich. Die einzige Wirkung dieses Verbotes ist die, daß weniger Milch in die Stadt kommt. Verbote in dieser Frage nützen überhaupt nichts, wenn nicht positive Maßnahmen dazu kommen, welche zur Wirkung haben, daß die Milchbesitzer besser antizipieren. Die bis jetzt gemachten dankenswerten Versuche haben nur geringen Erfolg gehabt.

7. Stadtrat Eugen Ged war am letzten Samstag 26 Jahre als Geschäftsführer und Beirater des Verlags der Volksfreundendruckerei tätig. Das bedeutet ein reichliches Maß geleisteter Arbeit. Auch in politisch anders gerichteten Kreisen bringt man Herr Ged, der stets ein Verständnis für die Beziehungen von Mensch zu Mensch hatte, aufrichtige persönliche Schätzung entgegen, was man bei diesem Anlaß gern ausspricht.

An unsere Leser!

Die Zeitungen haben, soweit es ihnen möglich war, als 1. April die Reichsregierung zur Beschaffung des Dollarkurses entsprechende Schritte getan und im Zusammenhang damit Kaufs zum Preisabbau erlassen. Ihre Dienste der auch von ihnen als notwendig anerkannten guten Sache bereitwillig zur Verfügung gestellt. Es kann nicht geleugnet werden, daß auf einzelnen Gebieten keine Anlässe zu einer Preisentwertung zu verzeichnen sind. Leider aber ist ein merklicher Preisrückgang auf alle Ware, insbesondere im Kleinvertrieb, noch nicht bemerkbar. Somit kann man auch noch nicht von einer wesentlichen Einwirkung auf die Lebenshaltung sprechen. Es wird wohl noch sehr erheblicher und größerer Anstrengungen bedürfen, bis von einer fühlbaren Preisentwertung gesprochen werden kann. Es ist begreiflich, daß bei der Beschaffenheit der Interessen privatrechtlicher Natur ein Ausgleich sehr schwer zu erreichen ist. Und doch muß er einmal erreicht werden. Im Augenblick steht aber die Sache so, daß die einem durchgreifenden Preisabbau entgegenwirkenden Faktoren, noch bei weitem überwiegen. Und zwar ist dies in erster Linie der Fall seitens der Betriebe, die der Verwaltung des Reiches und auch der Gemeinden unterliegen. Mitten in die Markt-Unterstützungspolitik der Reichsregierung fiel die Verdoppelung der Pachtziffern ab 15. Febr. und die Verdoppelung der Post- und Eisenbahngebühren ab 1. März. Das gleiche gilt von den Kohlenpreisen und der Kohlensteuer. Auch die Höhe der Löhne und Gehälter, die im Februar eine Steigerung bis zu 150 Prozent erfahren, wirkt noch immer preissteigernd und kann solange nicht abgebaut werden, als die Lebensmittelpreise nicht eine beträchtliche Senkung erfahren.

Alle diese dem Preisabbau entgegenwirkenden Momente fallen in besonderer Weise für die Zeitungen ins Gewicht, da die Zeitungsbesitzer nicht wie andere Geschäftskreise bei eintretenden Preissteigerungen auch den Preis ihrer Publikation, d. h. der Zeitungen, jeweils sofort entsprechend in die Höhe setzen können. Sie müssen ja den Bezugspreis ihrer Zeitung wegen der Anmeldung bei der Post stets schon einen Monat vor Beginn des Monats, für den der Preis gilt, festsetzen. So mußten sie den Preis für den ganzen Monat April schon am 3. März bei der Post anmelden. Sie sind also mit ihren Preisen für eine Dauer von fast zwei Monaten jeweils schon im voraus festgelegt und sinken sonach mit der Wiedereinbringung der durch Preis-, Gehalts- und Lohnsteigerung in der Zwischenzeit für sie entstehenden Mehrausgaben im Vergleich mit den anderen Gewerkschaften immer mindestens einen Monat hinterrück, gar nicht davon zu reden, daß sie mit ihren Preisen überhaupt immer hinter der Marktlage zurückgeblieben sind. Für die Zeitungen kann also, falls keine weitere Steigerung des Preises für Papier, Farbe, Metall, Kohle, Gas, Elektrizität, Oel, Waschmittel usw. erfolgt, und keine weitere Erhöhung der Löhne und der für sie jetzt schon bis zur Unmöglichkeit steigenden Post- und Telephongebühren kommt, eine entsprechende Stabilisierung des Bezugspreises erst im Mai eintreten. Im April muß der Bezugspreis um Ausgleich der noch nicht wieder eingebrachten Mehrums ausgeben noch einmal erhöht werden. Diese Zwangslage empfinden die Zeitungen selbst am unangenehmsten, da sie ja, wie schon erwähnt, stets energisch für einen Abgang der Preise eingetreten sind und in ihrem eigenen Interesse lieber zu einem niedrigeren als zu einem höheren Abonnementpreis greifen würden.

Wir bitten die Zeitungsleser, den Widerpruch, der in dem Verhalten der Zeitungen zu liegen scheint, sich aus den vorstehenden Darlegungen zu erklären und ihrer Zeitung trotz des erhöhten Bezugspreises nach wie vor die Kreuze zu halten.

Berein südwestdeutscher Zeitungsverleger G. V.

Der Bezugspreis unseres Blattes beträgt im Monat April 4000 Mark. Diejenigen Postbezieher, welche die Differenz von 1000 Mk., um welchen Gesamtbetrag in den Monaten Januar, Februar und März die Postbezugspreise niedriger waren, als die Preise für die Nichtpostbezieher bereits bezahlt haben, erhalten auf Wunsch gegen Einreichung der Postkarte den für April zuviel bezahlten Betrag zurückvergütet; andernfalls wird die Differenz in den späteren Monaten aufgerechnet.

Verlag des Badischen Beobachters.

Der Frachtkundenstempel wird vom 1. April 1923 an nicht mehr erhoben. Von diesem Tage an entfällt daher die Pflicht des Absenders, auf den Frachtbriefen zu Stützpunkten und auf den Paketarten zu Erzeugnis Frachtpostenmarken aufzukleben. Wegen der Mindernahme von Stempelmarken und gestempelten Frachtkunden, die sich etwa im Verlaufe von Verkehrtreibenden befinden, erhalten die Dienststellen des Eisenbahns und der Steuerverwaltung später noch Mitteilung.

Die Spernung von Frachtkonten. Gesperret ist die Annahme von Frachtkontenabrechnungen nach Mannheim-Käfertal, Mannheim-Neckarstadt, Mannheim-Waldhof und Mannheim-Neckarau. Ausgenommen sind Lebensmittel und Rabatten an Anschlussstellen.

Das Wetter im April. Nach den Berechnungen des Leiters der öffentlichen Wetterdienststelle in Wehrburg, Professor Dr. Freytag, wird der April verhältnismäßig warm sein, d. h. wärmer als sonst der April im langjährigen Durchschnitt zu sein pflegt. Der abgegangene März war, wie vorhergesagt, verhältnismäßig mild.

Geldstrafen bis zu 100 Millionen Mark. Der Reichsrat hat einen Gesetzentwurf angenommen, der das alte Geldstrafengesetz, entsprechend der Geldentwertung erheblich abändert. Für Verbrechen sollen künftig mindestens 200 000 Mk., höchstens 800 000 Mk. erhoben werden, bei Verbrechen und Vergehen mindestens 100 000 Mk. Die Höchststrafe bei Verbrechen und Vergehen aus Gewinnmächten 100 Millionen Mark. Die Geldstrafe soll in diesem Falle mindestens ebenfalls betragen, wie der erzielte Gewinn. Der Umwandlungskoeffizient soll ganz in das Gemessen des Geldes gestellt werden. Die Geldbußen sollen auf das 100fache erhöht werden. Weitere Artikel des Gesetzes sehen eine Erhöhung aller anderen Strafen wie: Zuchthausstrafen usw. Der Höchstbetrag wurde auf das 1800fache erhöht.

Unfall. Ein in Garlanden wohnender Tagelöhner kam, als er über einen Graben springen wollte, zu Fall, wobei ihm der Fuß, den er in der Notlage stecken hatte, in die linke Brustseite einbrach. Er wurde als bald in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Gewisshier Fahrverbot. Gestern nachmittag wurde ein Stadteil Müppur ein Arbeiter festgenommen als er ein von ihm in Landau gestohlenes Fahrrad veräußern wollte. Er ist außerdem von vier Behörden wegen Diebstahls bezw. Einbruchdiebstahls zur Verhaftung angeklagt.

Werbet für den „Bad. Beobachter“

